Verdacht der Korruption

Das Panzergeschäft, das Krauss-Maffei mit den Spaniern machen wollte, ist gefährdet – eine Nebenfolge der Flick-Affäre.

Die Chancen hätten für die Deutschen gar nicht besser sein können: Eine Expertenkommission aus Madrid hatte sich alle Großrechner auf dem Weltmarkt gründlich angeschaut, und danach stand das Angebot des Elektro-Konzerns Siemens für die Spanier auf Platz eins.

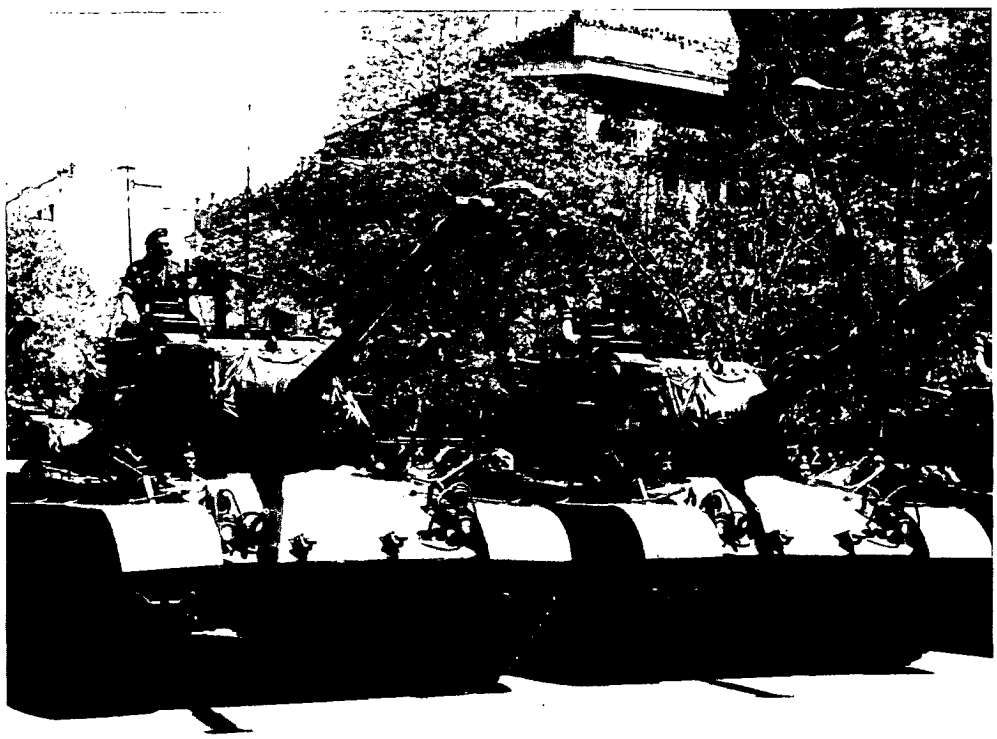
Doch dann entschied sich das spanische Kabinett plötzlich für den Kandidaten an fünfter Stelle. Für 1,4 Milliarden Pesetas (25 Millionen Mark) wird die Regierung in Madrid 74 Computer beim französischen Hersteller Bull kaufen.

Dabei hatte Siemens einen kompetenten Fürsprecher. Finanz- und Wirtschaftsminister Miguel Boyer, für dessen Haus die Geräte bestimmt sind, hatte sich hartnäckig für die deutschen Computer eingesetzt.

Der plötzliche Stimmungswandel der Spanier – davon ist Bonns Botschafter in Madrid, Guido Brunner, überzeugt – ist einzig und allein auf den Fall Flick zurückzuführen. Die Affäre um die Spendenpraxis des Konzerns beschäftigt seit vergangenem November auch die spanischen Politiker.

Damals hatte der SPD-Obmann im Flick-Untersuchungsausschuß des Bundestages, Peter Struck, mit einer unbedachten Äußerung den sozialistischen Ministerpräsidenten Felipe González in Schwierigkeiten gebracht: Der Regierungschef wurde von der rechten Opposition verdächtigt, mit Flick-Geldern – die laut Struck der heutige SPD-Schatzmeister Hans-Jürgen Wischnewski im Koffer nach Madrid gebracht haben sollte – geschmiert worden zu sein. Seitdem sind die deutsch-spanischen Wirtschaftsbeziehungen gestört.

Mit jedem Auftrag, den die Spanier an deutsche Unternehmen vergeben, gerät die Regierung sofort ins Kreuzfeuer der rechten Volksallianz des Manuel Fraga Iribarne. „Wir können", gestand ein spanischer Industrieller seinen deutschen Partnern ein, „uns derzeit mit euch nur noch schwer sehen lassen."



Panzer-Parade in Madrid: Intervention von Strauß

Zwar sind die Verdächtigungen wegen Flick längst entkräftet. Sowohl Wischnewski als auch Struck haben vor dem vom spanischen Parlament eingesetzten Untersuchungsausschuß alle Irrtümer ausgeräumt. Aber die Opposition spielt das Thema immer wieder hoch.

Zwar hat, am Donnerstag vergangener Woche, das Parlament dem Bericht der Flick-Kommission nach hitziger Diskussion fast einstimmig zugestimmt: Felipe González ist vom Verdacht der Korruption befreit. Aber „der angerichtete Schaden", so ein hoher Beamter im Industrieministerium, „ist riesengroß".

So ist ungewiß, ob die deutsche Rüstungsfirma Krauss-Maffei ein bislang als sicher geltendes Panzergeschäft über zwei Milliarden Mark, das González zunächst aufgeschoben hatte, noch abschließen kann (SPIEGEL 51/1984).

Inzwischen hat das Verteidigungsministerium neue Offerten von Panzerfabrikanten aus den USA, Großbritannien, Italien und Frankreich erhalten. Ähnlich wie beim Computergeschäft könnte Frankreich jetzt erneut das Rennen machen.

Frankreich ist schon heute, nach dem spanischen Staat, der zweitgrößte Arbeitgeber und in vielen Wirtschaftszweigen marktbeherrschend. Allein in der Automobilbranche beschäftigen die Konzerne Renault, Citroën, Talbot und ein Industriefahrzeugwerk über 56 000 Arbeiter in spanischen Fabriken.

Jahrelang war Frankreich größter Auslandsinvestor in Spanien, 1983 mit über 30 Milliarden Pesetas. Ein Jahr später allerdings hatten deutsche Investoren die Franzosen abgedrängt. Vor allem deutsche Technologie sollte Spaniens Industrie modernisieren.

Der Chef der spanischen Staatsholding Ini, Luis Carlos Croissier, hat bereits von „immensen Möglichkeiten" der Zusammenarbeit geschwärmt. Allein für die Erneuerung eines Eisen- und Stahlkomplexes sind 2,5 Milliarden Mark veranschlagt.

Vor allem aber im Rüstungsbereich hatten die Spanier sich viel vorgenommen. Neben dem Panzergeschäft, für das Krauss-Maffei bislang als Favorit galt, war eine engere Kooperation zwischen der spanischen Flugzeugfirma Casa und der deutschen MBB geplant. Die gemeinsame Entwicklung sowie der Bau von Panzer- und Flugzeugraketen standen unter anderem auf dem Programm.

Wegen des Flick-Skandals aber wagt – trotz der Klarstellung durch die Parlamentskommission – in Madrid niemand mehr zu prophezeien, was von den schönen Kooperationsplänen übrigbleibt.

Als einer der ersten hat Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, einer der Hauptinteressenten des Panzergeschäfts, die Gefahren erkannt. Strauß hat schon zum zweiten Mal bei seinen spanischen Freunden interveniert und Fraga Iribarne, der ihn in München besuchte, mit „guten Ratschlägen" zurückgeschickt: Mit dem „Flick-Unsinn" müsse es nun endlich ein Ende haben.

Wenn Straußens starke Worte nichts fruchten, bleibt den Deutschen noch eine Möglichkeit, die Wirtschaftsbeziehungen wieder erfreulicher zu gestalten: Sollte sich der VW-Konzern bald entschließen, das spanische Automobilwerk Seat zu übernehmen, dann, so Madrider Regierungskreise, könnte das durch Flick in Gefahr geratene Panzergeschäft neu überdacht werden. ◆